

1200 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIV. GP

Bericht des Verfassungsausschusses

über den Antrag der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz 1920 in der Fassung von 1929, die Nationalrats-Wahlordnung 1971 und das Wähler-evidenzgesetz 1973 geändert werden (77/A) und

über die Regierungsvorlage (826 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1971 geändert wird

Der vorliegende Initiativantrag sah eine Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters von derzeit 19 bzw. 25 Jahren auf 18 bzw. 21 Jahre vor. Ferner sollte Personen, die wegen Alters, aus gesundheitlichen oder beruflichen Gründen oder wegen eines Aufenthaltes im Ausland am Wahltag das Wahllokal nicht aufsuchen können, durch Einführung der Briefwahl die Ausübung ihres Wahlrechtes tatsächlich ermöglicht werden.

In der Regierungsvorlage wurde insbesondere eine Herabsetzung des passiven Wahlalters in der Weise vorgeschlagen, daß passiv wahlberechtigt sein soll, wer vor dem 1. Jänner des Jahres der Wahl das 19. Lebensjahr vollendet hat. Ferner war eine Regelung vorgesehen, nach der künftighin österreichische Staatsbürger, die sich vorübergehend im Ausland aufhalten, die Möglichkeit haben sollten, ihr Wahlrecht vor österreichischen Vertretungsbehörden auszuüben.

Der Verfassungsausschuß hat am 25. April 1978 zur Vorbehandlung dieser Vorlage einen Unterausschuß eingesetzt, dem von der SPÖ die Abgeordneten Dr. Fischer, DDr. Hesele, Dr. Kapaun, Dr. Schranz und Thalhammer, von der ÖVP die Abgeordneten Dr. Ermacora, Dr. Neisser, Dr. Prader und Dr. Wiesinger und von der FPÖ der Abgeordnete Dr. Schmidt angehörten.

Der Unterausschuß hat die Vorlagen in insgesamt vier Sitzungen beraten und als Ergebnis

seiner Verhandlungen dem Verfassungsausschuß Änderungen der Bestimmungen des Art. 26 B-VG und der Nationalrats-Wahlordnung 1971 vorgeschlagen. Demnach soll unter anderem künftighin den Männern und Frauen das aktive bzw. passive Wahlrecht zustehen, die am Stichtag der Wahl das 19. bzw. 21. Lebensjahr vollendet haben. Weiters soll den Bestimmungen des § 106 der Nationalrats-Wahlordnung ein neuer Abs. 1 eingefügt werden, der vorsieht, daß Wahlwerber, die nicht gewählt wurden oder eine auf sie gefallene Wahl nicht angenommen haben, sowie solche, die ihr Mandat angenommen, in der Folge aber zurückgelegt haben, Ersatzmänner bleiben, so lange sie nicht ausdrücklich ihre Streichung verlangt haben. Ferner wird vorgeschlagen, die Vorschriften über das Alkoholverbot an Wahltagen aufzuheben.

Der Verfassungsausschuß hat die Berichte des Unterausschusses am 8. Feber 1979 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Prader, Dr. Fischer und Dr. Schmidt einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des begedruckten Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Hinsichtlich der Novellierung des Art. 26 B-VG hat der Verfassungsausschuß unter einem Antrag an den Nationalrat gemäß § 27 Abs. 1 GOG beschlossen.

Der Initiativantrag der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen fand — soweit ihm durch den vom Ausschuß vorgeschlagenen Gesetzentwurf nicht Rechnung getragen ist — keine Mehrheit.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angesprochenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1979 02 08

DDr. Hesele
Berichterstätter

Thalhammer
Obmann

**Bundesgesetz vom XXXXXXXXXX,
mit dem die Nationalrats-Wahlordnung 1971
geändert wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Die Nationalrats-Wahlordnung 1971, BGBl. Nr. 391/1970 in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 194/1971 und BGBl. Nr. 280/1973 sowie des Art. XV des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 403/1977, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 letzter Satz hat zu lauten:

„Nach dem Stichtag bestimmen sich die in den §§ 13, 14, 16 und 28 dieses Bundesgesetzes festgesetzten Fristen sowie die Voraussetzungen des Wahlrechtes (§ 21 Abs. 1) und der Wählbarkeit (§ 44).“

2. § 10 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Der Landeshauptmann hat für den Fall der vorübergehenden Verhinderung des Kreiswahlleiters auch einen Stellvertreter zu bestellen.“

3. § 15 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Die nicht dem richterlichen Beruf entstammenden Beisitzer und Ersatzmänner werden auf Grund der Vorschläge der Parteien unter Anwendung des d'Hondtschen Höchstzahlenverfahrens nach ihrer bei der letzten Wahl des Nationalrates im Bereiche der Wahlbehörde, bei Sprengelwahlbehörden im Bereiche der Gemeinde festgestellten Stärke berufen.“

4. § 20 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Für den Umfang und die Höhe der Gebühren nach Abs. 1 sind die Bestimmungen des Gebührenanspruchsgesetzes 1975, BGBl. Nr. 136, über die Gebühren der Geschwornen und Schöffen sinngemäß anzuwenden.“

5. § 21 hat zu lauten:

„§ 21. Wahlrecht

(1) Wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen, die die österreichische Staatsbürgerschaft

besitzen, am Stichtag das 19. Lebensjahr vollendet haben und vom Wahlrechte nicht ausgeschlossen sind.

(2) Ob die Voraussetzungen nach Abs. 1 zutreffen, ist nach dem Stichtage (§ 1 Abs. 2) zu beurteilen.“

6. § 22 hat zu lauten:

„§ 22. Wegen gerichtlicher Verurteilung

(1) Vom Wahlrecht ist ausgeschlossen, wer durch ein inländisches Gericht wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden ist. Dieser Ausschuß endet nach fünf Jahren. Die Frist beginnt, sobald die Strafe vollstreckt ist und mit Freiheitsentziehung verbundene vorbeugende Maßnahmen vollzogen oder weggefallen sind; ist die Strafe nur durch Anrechnung einer Vorhaft verbüßt worden, so beginnt die Frist mit Rechtskraft des Urteils.

(2) Ist nach anderen gesetzlichen Bestimmungen der Eintritt von Rechtsfolgen ausgeschlossen, sind die Rechtsfolgen erloschen oder sind dem Verurteilten alle Rechtsfolgen oder der Ausschuß vom Wahlrecht nachgesehen worden, so ist er auch vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen. Der Ausschuß vom Wahlrecht tritt ferner nicht ein, wenn das Gericht die Strafe bedingt nachgesehen hat. Wird die bedingte Nachsicht widerrufen, so tritt mit dem Tage der Rechtskraft dieses Beschlusses der Ausschuß vom Wahlrecht ein.“

7. § 23 hat zu entfallen.

8. § 24 hat zu lauten:

„§ 24. Wegen mangelnder Handlungsfähigkeit

Vom Wahlrechte sind weiters ausgeschlossen Personen, die voll oder beschränkt entmündigt sind.“

9. § 25 hat zu lauten:

„§ 25. Gemeinsame Bestimmungen

Wenn eine Person aus mehreren der in den §§ 22 und 24 angeführten Gründe vom Wahl-

recht ausgeschlossen ist, bestimmt sich die Dauer des Ausschlusses vom Wahlrechte nach der hierfür festgesetzten längeren Frist.“

10. § 26 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Die Wählerverzeichnisse sind von den Gemeinden auf Grund der Wählerevidenz anzulegen. In die Wählerverzeichnisse sind außer den bereits in der Wählerevidenz eingetragenen Wahlberechtigten auch noch alle österreichischen Staatsbürger aufzunehmen, die am Stichtag das 19. Lebensjahr vollendet haben und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.“

11. a) § 27 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Jeder Wahlberechtigte ist in das Wählerverzeichnis des Ortes (der Gemeinde, des Wahlsprengels) einzutragen, wo er am Stichtage seinen ordentlichen Wohnsitz hat.

b) § 27 Abs. 5 hat zu lauten:

„(5) Wahlberechtigte, die zum ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst oder zum Zivildienst einberufen werden, sind, außer im Falle einer Verlegung ihres ordentlichen Wohnsitzes während der Leistung des Präsenzdienstes oder des Zivildienstes, in das Wählerverzeichnis der Gemeinde einzutragen, in der sie vor dem Zeitpunkt, für den sie einberufen wurden, ihren ordentlichen Wohnsitz hatten.“

12. § 31 Abs. 3 zweiter Satz hat zu lauten:

„Hat der Einspruch die Aufnahme eines Wahlberechtigten zum Gegenstande, so sind auch die zur Begründung des Einspruches notwendigen Belege, insbesondere ein vom vermeintlich Wahlberechtigten ausgefülltes Wähleranfrageblatt (Muster Anlage 1 des Wählerevidenzgesetzes), anzuschließen.“

13. § 36 hat zu lauten:

„§ 36. Behandlung der nach dem Wählerevidenzgesetz erhobenen Einsprüche und Berufungen

Auf die zu Beginn der Einsichtsfrist nach den Vorschriften des Wählerevidenzgesetzes in der geltenden Fassung (§§ 4 bis 8) noch nicht entschiedenen Einsprüche und Berufungen gegen die Wählerevidenz sind die vorstehenden Bestimmungen der §§ 31 bis 35 anzuwenden.“

14. § 44 hat zu lauten:

„§ 44. Wählbar sind alle Männer und Frauen, die am Stichtage die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, das 21. Lebensjahr vollendet haben und vom Wahlrechte nicht ausgeschlossen sind.“

15. § 46 Abs. 1 Z. 2 und 3 haben zu lauten:

„2. die Parteiliste, das ist ein Verzeichnis von höchstens doppelt so vielen Bewerbern, wie

im Wahlkreis Abgeordnete zu wählen sind, in der beantragten, mit arabischen Ziffern bezeichneten Reihenfolge unter Angabe des Familien- und Vornamens, Geburtsjahres, Berufes und der Adresse jedes Bewerbers;

3. die Bezeichnung des zustellungsbevollmächtigten Vertreters (Familien- und Vorname, Beruf, Adresse).“

16. a) § 52 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Spätestens am vierundzwanzigsten Tage vor dem Wahltag hat die Kreiswahlbehörde die Wahlvorschläge abzuschließen, falls eine Parteiliste mehr als doppelt so viele Bewerber enthält, wie im Wahlkreis Abgeordnete zu wählen sind, die überzähligen Bewerber zu streichen und die Wahlvorschläge zu veröffentlichen.“

b) § 52 Abs. 3 letzter Satz hat zu lauten:

„Die so ermittelte Reihenfolge ist von der Hauptwahlbehörde den Kreiswahlbehörden bis spätestens am dreißigsten Tage vor dem Wahltag bekanntzugeben und ist für die Kreiswahlbehörden verbindlich.“

c) § 52 Abs. 5 hat zu lauten:

„(5) Den unterscheidenden Parteibezeichnungen sind die Worte ‚Liste 1, 2, 3 usw.‘ in fortlaufender Numerierung voranzusetzen. Beteiligt sich eine im zuletzt gewählten Nationalrat vertretene Partei nicht an der Wahlbewerbung, so hat in der Veröffentlichung nur die ihr nach Abs. 1 zukommende Listennummer und daneben das Wort ‚leer‘ aufzuschreiben.“

17. §§ 55 und 61 sind zu ändern wie folgt:

a) § 55 Abs. 3 letzter Satz hat zu lauten:

„In der Kundmachung ist auch an das im § 61 ausgesprochene Verbot der Wahlwerbung, der Ansammlungen und des Waffentragens zu erinnern und darauf hinzuweisen, daß Übertretungen dieser Verbote bestraft werden.“

b) § 61 Abs. 3 hat zu entfallen.

c) Der bisherige § 61 Abs. 4 erhält die Bezeichnung „Abs. 3“.

d) Im nunmehrigen § 61 Abs. 3 hat es im Eingang zu lauten:

„Übertretungen der in Abs. 1 ausgesprochenen Verbote ...“

18. Im § 69 Abs. 2 ist zwischen die Worte „Autobuspermanenzkarten“ und „Gewerbescheine“ das Wort „Führerscheine“ einzufügen.

19. Der fünfte Satz im § 70 Abs. 1 hat zu lauten:

„Der Wahlleiter hat den ihm vom Wahlkartenvähler zu übergebenden Briefumschlag (§ 42 Abs. 3) zu öffnen, den amtlichen Stimmzettel

zu entnehmen und diesen mit dem entsprechenden Wahlkuvert dem Wahlkartenwähler auszuhandigen.“

20. § 84 Abs. 5 hat zu lauten:

„(5) Die nach Abs. 4 getroffenen Feststellungen sowie die Zahl der von Wahlkartenwählern aus anderen Wahlkreisen abgegebenen Wahlkuverts sind sofort in der Niederschrift (§ 85) zu beurkunden und in den Gemeinden außerhalb Wiens, die in Wahlsprengel eingeteilt sind, der Gemeindevahlbehörde, in den übrigen Gemeinden sowie in Wien der Bezirkswahlbehörde, auf die schnellste Art, wenn möglich telefonisch, bekanntzugeben. Wurden Stimmen von Wahlkartenwählern aus anderen Wahlkreisen nicht abgegeben, so ist dies hiebei ausdrücklich anzugeben.“

21. § 98 Abs. 2 lit. b hat zu lauten:

„b) die Namen der an- und abwesenden Mitglieder der Kreiswahlbehörde sowie der Vertrauenspersonen gemäß § 15 Abs. 4;“

22. § 99 hat zu lauten:

„Bericht an die Hauptwahlbehörde und Verbandswahlbehörde

§ 99. Hierauf hat die Kreiswahlbehörde der Hauptwahlbehörde und der Verbandswahlbehörde das endgültig ermittelte Ergebnis im Wahlkreis in der nach § 98 Abs. 2 lit. d, e und g bezeichneten Form telefonisch und fernschriftlich unverzüglich bekanntzugeben.“

23. a) Der letzte Satz im § 101 Abs. 2 hat zu lauten:

„In den Verbandswahlvorschlag dürfen nur Personen aufgenommen werden, die als Bewerber dieser Partei in einem der Wahlkreise des Wahlkreisverbandes in einem Kreiswahlvorschlag angeführt sind.“

b) § 101 Abs. 3 Z. 2 und 3 haben zu lauten:

„2. die Parteiliste, das ist ein Verzeichnis der Bewerber für die Zuweisung von Restman-

daten im zweiten Ermittlungsverfahren. In der Parteiliste sind die Bewerber in der beantragten Reihenfolge mit arabischen Ziffern unter Angabe des Familien- und Vornamens, Geburtsjahres, Berufes und der Adresse jedes Bewerbers zu verzeichnen. Bei jedem Bewerber ist auch anzugeben, in welchem Wahlkreis des Wahlkreisverbandes er als Bewerber eines Kreiswahlvorschlages aufscheint;

3. die Bezeichnung des zustellungsbevollmächtigten Vertreters (Familien- und Vorname, Beruf, Adresse).“

24. a) § 106 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Wahlwerber, die nicht gewählt wurden oder eine auf sie gefallene Wahl nicht angenommen haben, sowie solche, die ihr Mandat angenommen, in der Folge aber zurückgelegt haben, bleiben Ersatzmänner, solange sie nicht ausdrücklich ihre Streichung aus der Liste der Ersatzmänner verlangt haben (Abs. 4).“

b) Die bisherigen Abs. 1 bis 3 erhalten die Bezeichnungen Abs. 2 bis 4.

25. Im § 107 Abs. 1 hat der Klammerausdruck in der dritten Zeile „§ 106 Abs. 4“ zu lauten.

26. § 113 Z. 4 hat zu entfallen.

27. Im § 119 Abs. 1 hat es in der letzten Zeile anstatt „Wählerevidenzgesetzes 1970“ richtig „Wählerevidenzgesetzes“ zu lauten.

28. § 120 hat zu entfallen.

Artikel II

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. März 1979 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Inneres, hinsichtlich des Art. I Z. 6 bis 9 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Justiz, betraut.